

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Rieser,  
Grenz Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen.

Postsekretion: Dresden 148  
Groscheffs Rieser Nr. 52.

N. 9.

Dienstag, 12. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bote. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Ständige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Wiederzusammentritt des Reichstages.

an. Berlin. Der Reichstag, der vor Weihnachten seine Arbeiten abgebrochen hat, um für die Wiederaufnahme der Regierungsverhandlungen freie Bahn zu schaffen, tritt am heutigen Dienstag wieder zusammen. Während auf der Tagesordnung nur kleinere unwichtige Vorlagen stehen, werden sich fast sämtliche Fraktionen versammeln, um zu der Regierungsabteilung Stellung zu nehmen, die durch die Verhandlungen des Reichspräsidenten mit den Führern der Demokraten und des Zentrums nunmehr eine neue Wendung genommen hat. Vor dem Zustandekommen eines neuen Kabinetts werden die parlamentarischen Arbeiten kaum erhebliche Fortschritte erzielen können, zumal die großen politischen Aufgaben nicht ohne Vorhandensein einer aktionsfähigen Regierung gelöst werden können.

Im Mittelpunkt aller Erörterungen steht daher das neue Regierungsprogramm, von dem man hofft, daß es in spätestens zehn Tagen im Reichstag durch den neuen Reichskanzler vorgetragen werden wird. Im Anschluß an dieses Programm, das sich sowohl mit der äußeren als auch mit der inneren Politik des Reiches zu befassen hat, dürfte es zu einer großen politischen Aussprache kommen, bei der die grundlegenden Richtlinien der seit dem Zustandekommen des Locarno-Vertrages festgelegten Außenpolitik der Regierung, insbesondere der bevorstehende Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, im Vordergrund aller Erörterungen stehen werden. Dabei wird es maßgebend sein, welche Umgruppierung der parlamentarischen Kräfte eintreten wird, und welche Parteien sich für oder gegen die neuzubildende Regierung aussprechen werden. So wird es nicht sein, daß die deutschnationale Volkspartei vorläufig wieder die Rolle der sachlichen Opposition zu übernehmen hat, und daß sie bei den außenpolitischen Entscheidungen keinen innigeren Anteil nehmen kann. Die Vocarno-Recht, die von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reicht, wird zweifellos für die nächsten Monate die außenpolitischen Richtlinien zu bestimmen haben, ganz gleich, welche Regierung am Ruder sein wird.

In den innerpolitischen Fragen gibt es dagegen schärfere Abgrenzungen der Parteistellung, so daß die nächsten Wochen stark im Zeichen der politischen Streitfragen stehen werden. Schon jetzt nehmen die Erörterungen über die Frage der Fürstenabfindungen einen ziemlich breiten Raum ein. Die Demokraten haben beantragt, eine reichsgesetzliche Regelung der Fürstenabfindungen zu schaffen, die Plattform für diese große Auseinandersetzung errichtet und damit gleichzeitig eine Kampffront derjenigen Parteien geschaffen, die in diesem Problem eine wichtige staatspolitische Aufgabe zu sehen glauben. Allen Anschein nach werden Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten in dieser politischen Frage gemeinsam vorgehen und versuchen, eine Mehrheit für den demokratischen Antrag zu erzielen. Inwieweit sich die Deutsche Volkspartei darauf einlassen wird, in dieser innerpolitischen Frage mit den beiden Parteien anzuschließen, ist noch gänzlich unbestimmt. Vorläufig ist die Deutsche Volkspartei nicht gewillt, in der Frage der Fürstenabfindung eine Politik zu unterstützen, die ihrer Meinung nach darauf ausgeht, den Agitationsbedürfnissen einzelner Parteien nachzukommen.

Eine weitere innerpolitische Frage, die in nächster Zeit sehr akut werden wird, ist das neue Reichsfinanzgesetz, dessen Entwurf bereits im Reichsministerium des Innern ausgearbeitet wurde. Die Regierung wird höchstwahrscheinlich den bisherigen Entwurf zurückziehen müssen, da die meisten Parteien dagegen Einspruch erhoben haben und sich mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, die konfessionellen Schulen mit all ihren rückschlägigen Prinzipien wieder einzuführen, anstatt einen Ausgleich zwischen den konfessionellen Schulinteressen von dem allgemeinen schulpolitischen Gesichtspunkte aus zu schaffen. Wahrscheinlich wird der Entwurf eine erhebliche Veränderung erfahren, ehe er dem Reichstag vorgelegt werden wird.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzungen des Reichstages stehen auch verschiedene wirtschaftspolitische Punkte, namentlich die Handelsverträge Deutschlands mit den fremden Staaten. Im Hinblick auf die schwierige Wirtschaftslage gewinnen auch jetzt noch die wirtschaftspolitischen Abmachungen mit dem Auslande ein überragendes Interesse, ohne daß dabei die wesentlichen Grundzüge einer den Notwendigkeiten der Parteien angepaßten Sozialpolitik außer Acht gelassen werden können. Inwieweit die letzte Zollvorlage, die im Spätherbst 1925 vom Reichstag verabschiedet war, für die Bedürfnisse der beteiligten Parteien ausreicht und inwieweit neue Forderungen auf Zolländerungen erhoben werden, muß man allerdings noch abwarten.

Das Problem der Arbeitslosigkeit ist noch nicht in dem Sinne gelöst, daß man etwa von einem sektoriellen Projekt der Reichsregierung sprechen kann. Nach der zuletzt getroffenen Regelung im Reichsarbeitsministerium wird zwar das Reich den Ländern und Gemeinden höhere Kredite für die produktive Erwerbslofenfürsorge zur Verfügung stellen, aber es ist nicht anzunehmen, daß damit die ganze Angelegenheit etwa als erledigt gelten kann. Von verschiedenen Seiten wird daher die Forderung ausgesprochen, daß die Reichsregierung den für die Arbeitslofenfürsorge zur Verfügung gestellten Betrag um einen wesentlichen Teil erhöht, zumal allein im Monat November nahezu 25 Millionen Goldmark aufgebraucht worden sind, ein Betrag, der sich im Dezember und Januar sehr wesentlich erhöht hat. Die 100 Millionen, die im Etat für die Arbeitslofen eingesetzt wurden, werden daher schon in ganz kurzer Zeit aufgebraucht sein, so daß neue Mittel

## Zur Regierungsneubildung im Reiche.

Hindenburg fordert endgültige Erklärung.

### Fehrenbach und Koch beim Reichspräsidenten.

II Berlin. Der Herr Reichspräsident empfing gestern nachmittags 5 Uhr die Abgeordneten Reichskanzler a. D. Fehrenbach (Zir.) und Reichsminister a. D. Koch (Demokrat) zu einer gemeinsamen Besprechung über die Frage der Regierungsbildung. Hierbei legte der Herr Reichspräsident dar, daß er trotz gewisser Bedenken keine Entscheidung über die Beirathung einer bestimmten Persönlichkeiten für die Regierungsbildung ausgesagt habe, um die beiden Parteien, die auch nach dem Scheitern des Versuchs des Abgeordneten Koch noch nicht alle Möglichkeiten für die Schaffung der Großen Koalition erschöpft sehen und erneute Verhandlungen begehren hätten, in ihren Absichten nicht zu ändern und zunächst deren Bestände abzuwarten; er müsse aber nunmehr dringend bitten, mit aller Fleißigkeit eine endgültige Klärung darüber herbeizuführen, ob eine konkrete Möglichkeit der Schaffung der Großen Koalition vorliege; eine weitere Verzögerung durch Wiederannahme von programmatischen Erörterungen der Parteien erscheine ihm nicht vertretbar; deshalb bitte er, bis spätestens Donnerstag vormittag ihm das Ergebnis der zwischenparteilichen Verhandlungen mitzuteilen.

Die Abgeordneten Fehrenbach und Koch antworteten übereinstimmend, daß sie den Ausführungen des Herrn Reichspräsidenten über die Dringlichkeit der Regierungsbildung beizutreten und daher alles zur Befestigung der Klärung Notwendige veranlassen würden. Sie stellten die Mitteilung über das Endergebnis der Verhandlungen für spätestens Donnerstag vormittag in Aussicht.

### Der preussische Ministerpräsident für die Große Koalition.

II Berlin. Der preussische Ministerpräsident Brauns tritt in einem dem Berliner Tageblatt gewährten Interview entschieden für die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung ein, die, nachdem sie jahrelang für das parlamentarische System gekämpft habe, es jetzt nicht verneinen dürfe, indem sie ihre positive Mitarbeit verleihe.

zur Verfügung gestellt werden müssen. Der Reichstag wird daher sehr bald die Initiative ergreifen, um die Arbeitslofenfrage zur Erörterung zu stellen und die Reichsregierung auffordern, ein großzügigeres Programm vorzuschlagen, das den dringenden Anforderungen der nächsten Zeit gerecht werden kann.

### Die heutige Plenarsitzung des Reichstages.

die um 3 Uhr ihren Anfang nahm, wird nur kurze Zeit dauern, da sich um 5 Uhr bereits die Fraktionen versammeln wollen. Es lagen nach dem Plenum die Fraktionen der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten.

Im Reichstage sind jetzt die angekündigten Interpellationen des Zentrums und der Sozialdemokraten und die Anträge der Deutschnationalen, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei über die Hochwasserhäben eingegangen.

### Der Aelternerat des Reichstages

wird zur Entscheidung über die nächsten Dispositionen für die Reichsjustizarbeiten am Mittwoch vormittag zusammenzutreten. Ob in dieser Sitzung auch die im Reichsausschuß anhängig gewordene Angelegenheit des Abg. Everling zur Sprache kommen wird, ist noch nicht entschieden. In erster Linie ist es die Sache jeder Partei, welche Vertreter sie in einen Ausschuß entsenden will.

### Der auswärtige Ausschuss

des Reichstages, der gleichfalls Mittwoch vormittag zusammentritt, wird die in seiner letzten Sitzung nicht mehr zur Verhandlung gekommenen Gegenstände, den Fall Strauß-Sauer sowie die Auswirkung des Locarno-Vertrages, behandeln.

Der deutschnationale Reichstagsabg. Dr. Everling überreicht uns folgende Erklärung: Obwohl ein Interpellationsfrist für mich nicht in Frage kommt, habe ich, um der gegen mich inszenierten Hecke auch jeden Schein eines Anlasses zu nehmen, heute die Vertretung Seiner Hoheit des Herzogs von Alenburg niedergelegt.

### Was Deutschland zahlen muß.

Dezemberbericht des Generalagenten für Reparationszahlungen.

(Berlin. Nach dem Dezemberbericht des Generalagenten für Reparationszahlungen wurden von Deutschland bis zum Jahresende auf die zweite Annuität insgesamt rund 448,4 Millionen Mark geleistet, davon 107 Millionen im Dezember. Am Jahreschluss verfügte der Generalagent über einen Vorrat von 88,7 Millionen Mark. Die Leistungen an die wichtigsten reparationsberechtigten Mächte im Dezember bezw. in den ersten vier Mona-

Unter Berufung auf seine fast siebenjährige Erfahrung als Minister erklärte er, die sozialdemokratische Partei werde vieles tun können, um die Auswirkungen der herrschenden furchtbaren Wirtschaftskrise erheblich zu mildern. Von „Bedingungen“ und „Programmen“ habe ich nach meiner Erfahrung nichts. Es kommt jetzt alles darauf an, daß die vier Parteien, die die Große Koalition bilden müssen, von dem ersten Willen befeuert sind, unter zeitweiser Zurücksetzung eigener Grundzüge und Forderungen das zu tun, was die schwierigere politische und wirtschaftliche Lage unseres Volkes heischt. Die Politik der Großen Koalition auch im Reiche mehrere Jahre konsequent durchzuführen, würde so sichere Erfolge nach innen und außen zeitigen, daß darauf alle Verleumdungen von rechts und von links wirkungslos zerfallen würden. Deshalb muß die Sozialdemokratische Partei Vertrauen zu ihrer inneren Kraft beweisen und die Verantwortung an der Reichsregierung mit übernehmen.

II Berlin. Zur Frage der Beteiligung der Sozialdemokraten an einer Regierung der Großen Koalition im Reiche schreibt der Vorwärts: Eine entschlossene republikanisch geleitete der sozialen Forderungen der arbeitenden Massen entgegenkommende bürokratische Partei oder Parteigruppierung, mit der die Sozialdemokratie eine Mehrheit bilden könnte, besteht nicht. Solange sie nicht besteht, bleibt jede Koalition besten Falls nur ein Reittiermittel in höchster Not oder eine Verlegenheitslösung.

Zu den Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten Brauns über die Frage der Großen Koalition sagt das Berliner sozialdemokratische Parteiblatt: Die entscheidende Frage bleibt, ob es zuerst möglich ist, eine stabile Mehrheit zu schaffen und in ihr wichtige Arbeiterforderungen durchzusetzen. Aus diesem Gesichtspunkte wird auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Entscheidung treffen.

Die Tägliche Rundschau sagt: Bewussten die Sozialdemokraten ihr etwaiges „Ja“ mit der Zeit ihrer damaligen Voraussetzungen, so sprechen sie damit ein „Nein!“ aus. Notwendig ist eine sozialdemokratische Entscheidung dahin, ob sie ebenso wie die anderen Parteien ohne parteipolitische Voraussetzungen die Verantwortung übernehmen will, allein in der Absicht, eine sachliche Regierungspolitik zu betreiben.

ten der zweiten Annuität verteilen sich wie folgt: Frankreich 55 bzw. 176 Millionen, England 18 bzw. 69 Millionen, Italien 6 bzw. 21 Millionen, Belgien 12 bzw. 34 Millionen und Jugoslawien 2,6 bzw. 12 Millionen Mark. Für Besatzungskosten sind in den entsprechenden Zeiträumen verrechnet 11,9 bzw. 30 Millionen Mark. Für Sachlieferungen 57 bzw. 205 Millionen Mark, für Einnahmen aus dem Recovery Act 20 bzw. 76 Millionen Mark. Die Aufwendungen für die verschiedenen Kommissionen betragen 2,5 bzw. 8,4 Millionen Mark.

## Zusammenluß einer Notgemeinschaft für das Deutsche Volk.

### Ein Aufruf rechtsgerichteter Kreise.

ad. Berlin. In einer Rundgebung rechtsgerichteter Kreise Deutschlands, um deren Veröffentlichung wir gebeten werden, wird auf die ungeheure Not hingewiesen, in der sich das deutsche Volk gegenwärtig befindet. Es heißt dann u. a.: „Der herrschende Parlamentarismus, das Parteienwesen muß den deutschen Untergang befehlen, wenn ihm nicht ein Ende bereitet wird. Um dies zu erreichen, ist der Zusammenluß aller derer geboten, denen das Volk über der Partei, das Ganze über der Gruppe steht. Es gilt durch diese Notgemeinschaft der Selbstverpflichtung Einhalt zu gebieten und in letzter Stunde die Umkehr zu erzwingen. Wer gleichen Willens ist, warte an seiner Stelle im gleichen Sinn! Deil dem deutschen Volk!“

Unterzeichnet ist diese Rundgebung von fast 60 Männern, von denen folgende genannt seien: C. v. Arnim, Schloss Kriebitzsch, h. Waldheim i. Sa., B. Barmeyer, Zeitungsverleger, Berlin-Weißensee, Dr. Bang, Oberfinanzrat, Berlin, G. Glab, Justizrat, Berlin, Wilhelm Henning, R. d. R., Berlin-Vieltriefel, Geh. Rat Kirdorf, Kreisrat h. Mühlheim a. d. Ruhr, Prinz Oskar v. Preußen, Potsdam, Jürgen v. Ramin, R. d. R., Nikolaus, Ernst Graf zu Reventlow, R. d. R., Potsdam, Admiral v. Schröder, Berlin-Halenke.

## Rampfanlage der sächsischen Kommunisten.

In allen sächsischen Unterbezirken der R. P. D., so in Chemnitz, Zwickau, Plauen, Aue, Schwarzenberg usw., fanden am Sonntag Delegiertenkonferenzen statt, auf denen die Richtlinien für die Mobilisierung der sächsischen Arbeiterkraft ausgegeben wurden, um die sofortige Auflösung des sächsischen Landtags und den Sturz der Regierung herbeizuführen. In einer überall angenommenen gleichlautenden Entschließung werden für die letzte Januarwoche in allen Städten große Straßendemonstrationen angekündigt. Der Appell richtet sich nicht nur an die kommunistischen Mitglieder, sondern insbesondere an die Erwerbslosen und linken Sozialisten.